V R 15/06 - Auf betrieblich erforderliche Leistungen an den Arbeitnehmer keine Umsatzsteuer?

Mit Urteil vom 15. November 2007 [V R 15/06](#) hat der [Bundesfinanzhof](#) (BFH) zur Anwendung der sog. Mindestbemessungsgrundlage nach § 10 Abs. 5 Nr. 2 UStG des Umsatzsteuergesetzes Stellung genommen. Die Vorschrift betrifft [Leistungen](#), die der [Arbeitgeber](#) an sein Personal "auf Grund des Dienstverhältnisses" gegen ein nicht kostendeckendes Entgelt erbringt. Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer sind unter diesen Voraussetzungen die höheren Kosten, nicht das vereinbarte Entgelt.

Im Streitfall ging es um die Sammelbeförderung von Arbeitnehmern, für die keine zumutbare Möglichkeit bestand, den Arbeitsort mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsbeginn um 6:00 Uhr zu erreichen. Die [Arbeitnehmer](#) hatten dafür einen nicht kostendeckenden Fahrpreis von 1 DM pro Fahrtag zu entrichten.

In seinem Urteil vom 15. November 2007 betont der BFH den Zusammenhang zwischen unentgeltlichen und verbilligten Arbeitgeberleistungen. Erbringt der [Arbeitgeber](#) unentgeltlich [Leistungen](#) für den privaten Bedarf seiner [Arbeitnehmer](#), sind diese [Leistungen](#) nach Maßgabe der für die [Leistung](#) entstehenden Kosten (Ausgaben) zu versteuern (§ 3 Abs. 1b Nr. 2 und Abs. 9a UStG). § 10 Abs. 5 Nr. 2 UStG soll verhindern, dass diese Besteuerung nicht durch die Vereinbarung eines geringfügigen Entgelts umgangen werden kann.

Erbringt der [Arbeitgeber](#) unentgeltlich [Leistungen](#) an seine [Arbeitnehmer](#) jedoch - wie im Streitfall die Sammelbeförderung zur Arbeitsstätte - nicht für deren privaten Bedarf, sondern aufgrund betrieblicher Erfordernisse, liegt keine der Umsatzsteuer unterliegende [Leistung](#) vor. Dann kann auch die Vereinbarung eines verbilligten Entgelts nicht zu einer Steuerumgehung führen. Im Hinblick auf den Zweck des § 10 Abs. 5 Nr. 2 UStG, Steuerumgehungen zu verhindern, kommt deshalb nach dem BFH-Urteil vom 15. November 2007 die Anwendung der Mindestbemessungsgrundlage nicht in Betracht.

(Quelle PM BFH 40/08)